

INHALT

Vergnügungssteuer auf Geldspielgeräte 101

Prof. Dr. Christian Jahndorf und Dr. Michael Willms, Münster

Erfolgsaussichten nachträglicher Rechtsbehelfe gegen bestandskräftige
Altanschließer-Wasseranschlussbeitragsbescheide 109

Dr. Jens Robbert, Potsdam

Aus der Rechtsprechung

1. Bei der Klärung der Frage, ob durch eine Verkehrsanlage eine beitrags-
relevante Inanspruchnahmemöglichkeit vermittelt wird, ist nur in den
Blick zu nehmen, ob die sich aus der baulichen Ausnutzbarkeit eines
Grundstückes abzuleitenden Erreichbarkeitsanforderungen lediglich
ein Heranfahren und Betreten notwendig machen oder ein Herauffah-
ren und Betreten notwendig machen oder ein Herauffahren erfordern.
Auf besondere, sich aus der tatsächlichen konkreten Grundstücksnut-
zung ergebende Erreichbarkeitsanforderungen kommt es nicht an.

2. Grenzt ein Betriebsgrundstück an drei ausgebaute und abgerechnete
Verkehrsanlagen an, muss dieser Gesichtspunkt der Mehrfacherschlie-
ßung nicht von Amts wegen auf der Erhebungsebene berücksichtigt
werden. Ein möglicher Anspruch auf Billigkeitserlass nach § 15 Abs. 1
Nr. 5a) ThürKAG i. V. m. § 227 AO ist in einem gesonderten Verfahren
geltend zu machen.

ThürOVG, Beschluss vom 5. 7. 2016 – 4 EO 712/13 111

1. Das Verbot der Doppelbelastung verpflichtet einen Einrichtungsträger,
zugunsten des Beitragspflichtigen zu berücksichtigen, wenn sich ein
(Vor-)Eigentümer für die einem Grundstück vermittelte Möglichkeit
des Anschlusses an der Herstellung der öffentlichen Einrichtung – ori-
entiert an den konkreten Kosten der örtlichen Abwasserbeseitigungs-
anlagen – bereits finanziell beteiligt hat.

2. Der Beitragspflichtige kann eine solche vorherige finanzielle Beteili-
gung jedoch nicht der Beitragsfestsetzung oder -erhebung entgegen-
halten. Der Aufgabenträger ist nur verpflichtet, diesem Umstand in
irgendeiner Weise im Rahmen eines gesondert durchzuführenden Er-
lassverfahrens oder anderweitig Rechnung zu tragen. Insoweit ist ein
weiter Gestaltungsspielraum eröffnet.

ThürOVG, Urteil vom 8. 9. 2016 – 4 KO 68/13 114

Der Eigentümer eines Grundstücks hat nach § 77 Abs. 2 Satz 1 AO die
Zwangsvollstreckung in den Grundbesitz wegen Stundungszinsen für
Grundsteuern, für Erschließungsbeiträge und für Vorausleistungen auf den
Erschließungsbeitrag nicht zu dulden.

Niedersächsisches OVG, Urteil vom 3. 4. 2017 – 9 LC 31/16 117

Neuerscheinungen 120